

Neue Zeitrechnung

Schweiz: Die Geldhüter hatten das Währungs-Fiasko beim Franken weder mit dem IMF abgestimmt (für globale Finanzstabilität verantwortlich) noch international koordiniert. Das hat in den Führungs-Etagen der Wirtschafts-, Währungs- und Geld-Politik weltweit für sprachloses Staunen gesorgt. Viele ehemalige weltführende Zentralbanker verurteilen die hektische Panik der Geldhüter als Hysterie. Die internationale Reaktion zeigt, dass die Schweizer den kumulativen Schaden ihres naiven Solos nicht überlegt oder billigend in Kauf nahmen, sondern komplett unterschätzt haben. Frappierend ist nach allgemeinem Verständnis der Mangel an volkswirtschaftlicher Logik, denn das Minus bei Aktien (15%) und das Plus beim Franken (20%) addieren sich zu doppelt-deflationärem Druck. Schlagzeilen über heftige Ausfälle aus der globalen Finanz-Industrie (Banken, Versicherungen, Fonds) liefern einen Vorgeschmack auf das, was unter der Oberfläche brodelt. Beispiele: Banken in Österreich, Ungarn, Polen und Griechenland haben in großem Umfang Kredite in CHF ausgelegt – hier drohen Milliarden-Verluste. Zwei Banken in Griechenland haben bei der EZB angeblich bereits Hilfen im Umfang von €5 Mrd beantragt. Von London über New York bis Australien haben Devisenbroker und Hedgefonds Insolvenz angemeldet. An der Wall-Street kursieren Gerüchte über kumulative Milliarden-Ausfälle bei Investment-Banken.

Insgesamt wird es eine Weile dauern, bis sich die Akteure neu sortiert haben. Für den globalen Finanzmarkt bricht eine neue Zeitrechnung an. Im Zentrum steht eine unorthodoxe Geldpolitik, die sich durch die brisante Mischung aus konzeptionell fehlerhafter Logik und dilettantischer Taktik selber zu Fall bringt. Die makro-ökonomischen Fehler häufen sich, die Glaubwürdigkeit schwindet, die Verwirrung steigt. Der Krieg gegen Deflation ist eine Farce, denn die Schweiz scheiterte mit dem Schwur, die Inflation mit der Notenpresse zu schüren um die Währung zu schwächen, während Deutschland sich trotz Sparpolitik über mehr Wachstum und eine schwache Währung freut. Außerdem belegen ökonomische Langzeit-Studien, dass das Real-Wachstum auf Phasen starker Inflation und/oder Deflation völlig gleich reagiert, weshalb ein Preisrückgang per se überhaupt keinen Grund für Hysterie liefert.

Europa: Die Märkte erwarten, dass die EZB den Kauf von Staatsanleihen (QE) beschließt, weil alles andere zum jetzigen Zeitpunkt ein Chaos anrichten würde. Faktisch betreibt die EZB damit Wirtschaftspolitik. Außerdem wird die Grenze zur Staatsfinanzierung jetzt endgültig überschritten, obwohl die Schulden in Europa bereits sozialisiert werden, egal ob das über die Target-2-Salden geschieht oder die Kredite und Garantien oder über den Kauf von Anleihen. Vor diesem Hintergrund hat Kanzlerin Merkel die EZB gestern in Gegenwart von Mario Draghi zur Zurückhaltung gemahnt. Sie sei für die politische Agenda zuständig, Übergriffe durch die geldpolitische Hintertür seien unzulässig. „Als Politikerin muss ich den Menschen überzeugend sagen können, was da an den Märkten passiert, geschieht nach Recht und Gesetz. Nie wieder soll zur Rettung das Geld der Steuerzahler verwendet werden müssen, das steht die Politik nicht beliebig oft durch.“

Wir sind gespannt, ob sich das aufgeklärte Volk der Wähler politisch weiter radikalisiert und dem Beispiel der Griechen folgend solche Käufe der EZB später im Parlament für „illegal“ erklärt und rückgängig macht.

Apropos EZB/EuGH: Die Presse meldet heftigen Streit zwischen Bundesregierung und EZB. Zankapfel sei mit Blick auf ein heimlich geplantes, €600 Mrd schweres Konjunktur-Programm die Tatsache, dass das Plädoyer des EuGH explizit untersagt, dass die Geld- und Fiskalpolitik in der EU **gleichzeitig** ausgeweitet werden (entweder oder, beides ist nicht zulässig).

Japan: Der Chef-Architekt von Abenomics hat erklärt, dass die Zentralbank den Geldhahn nicht weiter öffnen wird.

Amerika: Die US-Regierung plant eine Steuer-Anhebung (auf Dividenden und Kapitalgewinne), um